

in dieser Bewegung stecken und ihr erst das eigentliche Gepräge geben: die nationalistische und die antiparlamentarische. Die sorgfältige soziologische Analyse der Bewegung zeigt sogar, welche große Rolle gerade diesen beiden Tendenzen zukommt. Ohne die Verbindung mit ihnen würden die ökonomischen Vorgänge kaum diese Bedeutung erhalten haben. Sie sind sogar so stark, daß im Lauf der Zeit diese antisemitische Tendenz ihnen gegenüber auffällig bei der Agitation in den Hintergrund gedrängt wurde. Das ändert freilich nichts daran, daß sie ein charakteristischer Bestandteil der nationalsozialistischen Ideologie bleibt, kennzeichnend für ihren gänzlichen Mangel an produktiver Kraft zu positiver Gestaltung. Aus Haßgefühlen kann eben keine schöpferische Leistung entspringen. Beachtenswert ist in dieser Beziehung der scharfe Gegensatz zum italienischen Fascismus, der von Mussolini selbst in folgenden Worten, die er 1927 bei einem Empfang ausländischer Journalisten in Rom sprach, schlagend herausgearbeitet ist: »Antisemitismus bedeutet Zerstörung und Spaltung. Antisemitischer Fascismus ist daher eine krasse Absurdität. Wir amüsieren uns in Italien köstlich, wenn wir hören, daß in Deutschland die Antisemiten ihr Glück mit dem Fascismus versuchen . . . Wir erheben aber mit aller Entschiedenheit Einspruch, daß auf diese Weise der Fascismus bloßgestellt wird. Der Antisemitismus ist ein Produkt der Barbarei, während der Fascismus auf der höchsten Zivilisationsstufe steht und dem Antisemitismus diametral entgegengesetzt ist.«

Der Nationalsozialismus ist eine soziale Bewegung des alten und neuen Mittelstands (Angestellten- und Beamtschaft) und der Bauern. Er ist aber zu gleicher Zeit auch eine nationalistische "Freiheits"bewegung, und er ist endlich die politische Formierung aller antidemokratisch-antiparlamentarischen Kräfte, die aus diesen und anderen Bezirken stammen ("Freiheits"bewegung nach innen). Führt man sich das vor Augen, so begreift man, daß eine Überwindung der Wirtschaftskrise zwar wichtig ist, daß ihre Rückwirkungen auf die nationalsozialistische Bewegung jedoch nur beschränkt sein können. (Ganz abgesehen davon, daß es eine Frage ist, zu welchem Zeitpunkt und in welchem Umfang die Arbeitslosigkeit "überwunden" sein wird.) Die anderen Triebkräfte sind eben keineswegs schwächer, sie besitzen jetzt sogar Eigenleben, das auch nach Abflauen der Wirtschaftskrise von größter Bedeutung bleiben dürfte, nachdem einmal ihre organisatorische und ideologische Zentrierung erfolgt ist. Wenn darum der Sozialismus und der demokratische Gedanke im Kampf gegen die nationalsozialistische Flut Sieger bleiben wollen, muß dieser Kampf mit einer klaren positiven Zielsetzung geführt werden, durch die dem deutschen Pseudofascismus nicht nur die ökonomischen Grundlagen genommen werden, sondern auch in den beiden anderen Richtungen seiner Ziele, wie er sie hinstellt, der Boden unter den Füßen weggezogen wird.

Nicht nur die physischen, sondern auch die psychischen Druckstellen müssen beseitigt werden, die zu dieser schweren Entzündung des sozialen Organismus geführt haben. Zu den physischen Druckstellen gehört die Arbeitslosigkeit, insbesondere solcher Schichten wie der Angestellten, denen die Arbeitslosigkeit zum erstenmal Erlebnis wird (im Gegensatz zur Arbeiterschaft, die als Klasse an diesen Vorgang sozusagen bereits "gewöhnt" ist), ferner die Verarmung und Proletarisierung des Mittelstands sowie die Not der Landwirtschaft. Zu den psychischen Druckstellen gehören die Verletzungen des aufgepeitschten nationalen Selbstbewußtseins, die dort am schmerzhaft-

testen sind, wo sie in Verbindung mit physischen Druckstellen stehen (Zahlungsverpflichtungen, Korridorfrage usw.). Warum die zweitgenannte Art der Verwundungen fast ausschließlich vom Bürgertum alter und neuer Prägung so schwer empfunden wird, mag in diesem Zusammenhang unerörtert bleiben. Jedenfalls spielt bei der Überempfindlichkeit, mit der das Bürgertum im weitesten Sinn auf den ganzen Komplex des Zusammenbruchs von 1918 reagiert ("Dolchstoß", "Novemberverbrechen") die Erinnerung an das eigne Versagen, an den nicht ohne eignes Verschulden erlittenen Verlust der gesellschaftlichen Vormachtstellung eine wesentliche Rolle.

Hätte man rechtzeitig diese Umstände sorgfältiger beobachtet und sie in den Bereich des Aufbaus der eignen Politik einbezogen, so hätte es wohl kaum zu dem elementaren Ausbruch kommen können, den wir an jenem 14. September erlebten. Was ist aber beispielsweise von uns, speziell von der Sozialdemokratie, der naturgemäß dabei die Führung gehören mußte, getan worden, um den nationalistischen Verzerrungen nationaler Tendenzen rechtzeitig zu begegnen? Nationalismus kann nicht durch Hypernationalismus übertrumpft werden, und wenn etwas gefährlich ist, dann der heute in den Kreisen der Sozialdemokratie bemerkbare Drang dem Nationalsozialismus dadurch die nationalen Argumente zu entziehen, daß man darin die Konkurrenz mit ihm aufnimmt. Fast 10 Jahre hindurch hat die offizielle sozialdemokratische Politik den Fehler gemacht den ganzen Komplex zu ignorieren, somit auch diesem nationalistischen Freiheitsdrang nichts entgegenzustellen. Und jetzt sind wir umgekehrt in Gefahr in einen Wettlauf mit den Vertragsrevisionisten zu geraten. Eine mindestens absurde Situation, wenn man bedenkt, wie stark man sich eben erst (mit Recht) für die Younglösung eingesetzt hat. Angesichts der Unmöglichkeit den Neuen Plan im Sinn jenes jetzt bei uns üblichen Revisionsbegehrens (das seine Wortführer wohlweislich nie an die entscheidende Stelle, nämlich an die Vereinigten Staaten von Amerika, richten sondern nur zu antifranzösischer Hetze verwenden) wirklich zu ändern muß eine solche Politik, die sich von der Gegenseite nur im Zeitpunkt ihrer Einleitung unterscheidet (siehe die Erklärung der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstags im Februar 1930) ziemlich gedankenlos erscheinen. Wo ist da die Abgrenzung, wo die eigne konstruktive Linie? »Ich glaube, nichts tut heutzutage mehr not als der Mut zu einer radikalen Trennung von allem Nationalismus, der Mut sich wieder auf die humanistische, nicht nur internationalistische sondern kosmopolitische Gedankenwelt der größten Europäer und Weltbürger zu berufen.«¹ In dieser Forderung Hendrik de Mans scheint mir die Richtung angegeben zu sein, in der nicht nur geistig sondern auch außenpolitisch die positive Zielsetzung zur Bekämpfung der nationalsozialistischen Bewegung liegen muß.

Dem Nationalsozialismus ist der Vertrag von Versailles die Quelle alles sozialen, nationalen und wirtschaftlichen Übels. Sein Angelpunkt ist die Forderung: Fort mit Versailles! Aber diese Politik ist nationalistisch und reaktionär, weil ihr Ziel in der Vergangenheit liegt. Sie führt in die Sackgasse. Die Parole der Sozialdemokratie muß demgegenüber lauten: Überwindung von Versailles durch Europa! Sie erfordert, konkret gesprochen, eine deutsch-französische Entente als A und O solcher Zusammenfassung. Dieser Weg führt ins Freie. Man hat zwar von diesem Gedanken in der

1) Siehe *de Man Sozialismus und Nationalfaschismus* /Berlin 1931/ Seite 33.

Sozialdemokratie oft sympathisch gesprochen. Aber der Fehler war, daß man ihn niemals zu einer zentralen Forderung erhob, zu dem großen Nahziel aller sozialistischen Weltpolitik, die zugleich auch die einzige Möglichkeit der Lösung der nationalen wie ökonomischen Probleme des Deutschlands der Nachkriegszeit bildet. Welche ökonomischen Aussichten eine solche deutsch-französische Vereinigung schafft, braucht in den Sozialistischen Monatsheften nicht erst ausgeführt zu werden; handelt es sich doch hierbei um den jedem ihrer Leser vertrauten Grundpunkt, ihrer Außenpolitik. Wesentlich ist in diesem Zusammenhang der Hinweis, daß gerade diejenigen, die in der Überwindung der ökonomischen Probleme die Grundvoraussetzung für die Überwindung des Nationalsozialismus erblicken, doch diese Wirkungen ganz besonders scharf ins Auge fassen müßten. Denn wenn überhaupt eine Aussicht auf baldige "Ankurbelung" der deutschen Wirtschaft besteht, dann nur durch die engste wirtschaftliche Kooperation mit Frankreich. Diese Losung: die Überwindung der durch den Krieg geschaffenen politischen und sozialen Balkanisierung Europas durch den Zusammenschluß des Kontinents, kann ob ihrer Tragweite nicht radikal genug verfochten werden. Erst die Perspektive eines einigen Europas auf der Basis engster deutsch-französischer Zusammenarbeit gibt nämlich auch dem Sozialisten in der Auseinandersetzung mit den Nationalsozialisten wichtige positive Argumente an die Hand: Das Anschluß-, das Korridorproblem lassen sich nur in diesem Zusammenhang einer Lösung nähern. Nur diese Forderung schafft eine produktive Fragestellung. Soll insbesondere die Wunde an der deutschen Ostgrenze, die doch eine Wunde im Körper Europas, nicht bloß Deutschlands ist, wirklich und für alle Zeiten geschlossen werden, dann nur durch die faktische Austilgung der Grenze im Rahmen der totalen Neugestaltung unseres Kontinents. Auch in anderer Richtung erweist eine solche Zielsetzung ihre Produktivität. Eine Angelegenheit wie die der Panzerschiffbauten beispielsweise, die jetzt wieder der Sozialdemokratie manche Unbequemlichkeit bereitet, würde bei einer solchen Zielsetzung unter wesentlich anders gearteten Perspektiven erscheinen als den gegenwärtigen, wo sich unvereinbare Meinungen hoffnungslos diametral gegenüberstehen.

Die positive Zielsetzung zur Bekämpfung des Nationalsozialismus hat sich aber ebenso sehr auf die Überwindung der antiparlamentarischen Tendenzen zu erstrecken. Die Losung kann hier nur Reform der Demokratie heißen. Wenn auch immer vom Kampf gegen das "System" die Rede ist, so zeigt doch die nähere Betrachtung, daß diese Gegnerschaft auf Erscheinungen beruht, die keineswegs Wesensmerkmale der Demokratie und des Parlamentarismus an sich sondern in erster Linie Fehler seiner deutschen Erscheinungsform sind. Wie sehr das insbesondere für die Jugend gilt, ist hier mit Recht bereits von Walther Pahl vor 4 Wochen gesagt worden: »Die Diktaturforderung der Rechtsoption hat insbesondere in ihrer jüngern Generation keinen antidemokratischen Ausgangspunkt. Man opponiert vielmehr gegen ein System der Formaldemokratie, das der Interessentenpolitik organisierter Machtgruppen Tür und Tor öffnet und dadurch weder eine starke Staatsführung noch eine wirklich demokratische Selbst- und Mitregierung des Volkes ermöglicht.«² Ich möchte behaupten, daß dies nicht bloß für die jüngere Generation sondern für den Großteil der nationalsozialistischen

²) Siehe Pahl Raum für den sozialistischen Vortrupp, in diesem Band der Sozialistischen Monatshefte Seite 144.

Wähler überhaupt zutrifft. Eine Analyse der Hauptschlagworte der nationalsozialistischen Propaganda bestätigt es. Die Begriffe Parteienstaat und Bonzendum sind hier typisch. Sie weisen zugleich auf die Wurzel des Übels: die Lähmungs- und Entartungserscheinungen der deutschen Demokratie als Folge der spezifischen Konstruktionsform des deutschen Parlamentarismus. Sie zielen auf die schweren und immer wieder kritisierten Mängel in der politischen Willensbildung, auf jene oft grotesken Fehler bei der Führerauslese und auf die Erstarrung des politischen Lebens im bürokratischen Organisationsbetrieb. Das Schlagwort vom "Kampf gegen den Marxismus" gehört auch hierher. Es spiegelt die antiproletarische, arbeiterbewegungsfeindliche Haltung des Nationalsozialismus wider. Insoweit dies auf sozialpsychische Umstände zurückzuführen ist, die oben andeutungsweise erwähnt wurden, wird sich schwer dagegen ankämpfen lassen. Aber diese Animosität hat ihre Schärfe nicht nur durch den gesellschaftlichen und politischen Machtanspruch der Arbeiterbewegung als solcher bekommen sondern durch die Umstände, mit denen im Rahmen der deutschen Demokratie dieser Anspruch geltend gemacht und verwirklicht worden ist. Wenn darum der Forderung nach Reform des deutschen Wahlverfahrens eine besondere Bedeutung zukommt, dann gerade aus diesen Gründen; denn es ist kein Zweifel, daß das starre Listenwahlssystem mit seinen großen Wahlkreisen zu diesen Deformierungserscheinungen der deutschen Demokratie beigetragen hat.

Die Reform der Demokratie wird sich aber auch auf die Reichsreform zu erstrecken haben. Hier liegen nicht weniger tiefgreifende Ursachen für die allgemeine Diskreditierung des parlamentarisch-demokratischen Systems. Oder glaubt jemand im Ernst, daß der in den deutschen Ländern betriebene Überparlamentarismus mit der damit verbundenen Abgeordneten- und Ministerinflation geeignet ist die Autorität dieser Körperschaften wie überhaupt unseres Systems zu erhöhen? Er muß genau so schädliche Reaktionen auslösen wie die oft bis zur Farce gehende Degradierung des Systems durch die Parlamentspielerei auch in den kleinsten Dimensionen der deutschen Länder. Die Reform der Demokratie, soweit sie sich auf die Reichsreform erstreckt, muß deshalb in der Forderung bestehen: den Volksstaat so aufzubauen, daß seine Konstruktion auch dem einfachsten Staatsbürger verständlich und überschaubar ist. Sie muß ihn aus jenem Irrgarten der Behörden und Instanzen befreien, in dem er sich heute befindet, und der ihm das Mißtrauen desjenigen einflößt, der übers Ohr gehauen zu werden fürchtet.

Die Quellen schließen, aus denen der Nationalsozialismus gespeist wird: das ist das Problem seiner Überwindung. Sie kann nicht in einem mechanischen Zurückdrängen der Bewegung bestehen sondern muß zu einem Prozeß organischer Eingliederung ihrer Anhänger in das System demokratischen Lebens werden. Sonst bleibt die Gefahr bestehen, eine ständige Bedrohung, ein Vulkan, der jederzeit wieder zum Leben erwachen kann. Denn es handelt sich nicht bloß um qualitativ wertvolle sondern auch um quantitativ sehr bedeutende Kräfte (zirka 7 bis 13 Millionen aktive Staatsbürger). Werden die republikanisch-demokratischen Parteien die Kraft zum Handeln, zum rechtzeitigen Handeln haben? Der Konservatismus, der sich allenthalben bemerkbar macht, namentlich auch in der Weiterentwicklung unserer Demokratie, gibt wenig Hoffnung. Die Stärke der nationalsozialistischen Bewegung dürfte aber ausreichen, um dieses Handeln einfach zu erzwingen.